Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 18 (1938-1939)
Heft: 1

Artikel: Englands Vielfrontenkampf
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-158519

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ehre und für die von andern". Dieses Schreiben war von einer Forderung begleitet; es kam aber keine Antwort.

Betrachtung.

Es ist Schicksal und Werk eines seltsamen Schweizers, aber doch ganz unverkennbar und zuinnerst eines Schweizers. Es sprießt eine sehr strenge und drohende Nutzanwendung aus diesem Leben. In mächtigem Ausmaß und groteske Schatten werfend, ragt ein geistesstarker Vertreter schweizerischer Art und schweizerischer Schwächen in welthistorische Begebenheiten hinein. Die Voraussetzungen sind die günstigsten; die Gaben versprechen das Höchste. Es fehlt ein Geringes, das anscheinend nicht mitsprechen müßte im großen Spiel: es fehlt die Freiheit des Herzens. Jomini kommt vom Ich nicht los. Er hat nichts außerhalb dem eignen Wesen, das die Hingabe lohnt. Selbst sein Gott ist nur eine ungeheure Projektion dieses Ich. Er scheitert an der Selbstgerechtigkeit; und das letzte Ergebnis ist ängstlich nah dem biblischen Wort vom „tönenden Erz und der klingenden Schelle".

Man spricht oft und mit einigem Stolz von der nüchternen Schweizer Art. Es ist aber nur ein beschönigendes Wort für diese Selbstgerechtigkeit, den Mangel an Kraft zur Hingabe an Höheres. Wir haben, wie Jomini, das brennende Bedürfnis nach Gerechtigkeit, und, wie er, nur solange die Ungerechtigkeit uns selber trifft. Wir können nicht entsagen, nicht dem Vorteil, nicht dem Lob, am wenigsten der eignen Meinung. Es tut not, zuweilen im Spiegel unser Wesen sehen und prüfen. Das tragische Spiel von Anspruch und Erfüllung im Leben Jominis kann ein solcher Spiegel sein. Vielleicht liegt darin seine wahre Bedeutung.

Englands Vielfrontenkampf.

Von * * *.

Vorbemerkung: Dieser Aufsatz unseres Londoner Mitarbeiters wurde vor dem Abschluß des britisch-italienischen Osterabkommens beendet. Seine Ausführungen bewahren gleichwohl ihre volle aktuelle Gültigkeit. Red.

Die politische Stellung Englands ist heute durch einen Verteidigungskampf auf vielen Linien gekennzeichnet. Selten noch ist das britische Weltreich in eine so ernste Krise geraten wie gegenwärtig. Es galt bisher als Kardinalsatz der britischen Politik, alles daranzusetzen, um nicht Gefahren gleichzeitig an verschiedenen empfindlichen Druckpunkten des Empire akut werden zu lassen. Diesen Grundsatz haben die Leiter der englischen Politik in den letzten Jahren nicht immer zu meistern verstanden. Dem nüchternen Beobachter kann es dabei nicht entgehen, daß trotz aller, zum Teil recht erstaunlicher Leistungen der Londoner Diplomatie sich die gesamte englische Außenpolitik gegenwärtig auf einer Verteidigungs-, ja

teilweise sogar auf einer Rückzugslinie bewegt. Deshalb aber schon von einem Zerfalle des britischen Weltreiches sprechen zu wollen, ist allerdings keineswegs gerechtfertigt, wenn sich auch die verantwortlichen Männer in Whitehall sicherlich keinen Täuschungen über den Ernst der Lage hingeben.

Ziemlich deutlich erkennbar hat sich in der letzten Zeit in der englischen Politik eine gewisse Rangfolge der Gefahrenzone herausgebildet. Die staatsrechtlichen Probleme innerhalb des Commonwealt of Nations sind seit den Krönungsfeierlichkeiten und der Reichskonferenz im letzten Jahre erheblich zurückgetreten. Der Umbau des Reiches von einem staatsrechtlich nur von London aus regierten Gemeinwesen zu einem Bunde freier und selbständiger Staaten ist abgeschlossen. Es scheint, als sei die Beseitigung der Spannungen innerhalb des britischen Weltreiches keinen Augenblick zu früh erfolgt. Die Entwicklung der gesamten weltpolitischen Lage würde auch heute für innere Auseinandersetzungen keine Zeit mehr lassen. Innere Konflikte müßten in der gegenwärtigen Lage eine entscheidende Lähmung in der politischen Aktivität außenhin im Gefolge haben.

Im Vordergrund des britischen Interesses steht heute die Fernost-Frage, mit der das Mittelmeerproblem auf das allerengste verknüpft ist. Aus zwei Gründen treffen die Ereignisse im Fernen Osten Großbritannien besonders: 1. aus weltpolitischen, 2. aus machtpolitischen Erwägungen.

Die Londoner City hat in den vielen Jahrzehnten einer verhältnismäßig ruhigen Durchdringung des ostasiatischen, vor allem chinesischen Wirtschaftslebens Milliardenbeträge in Fern-Ost angelegt, aus denen sie überreichen Gewinn zog. Der Handels- und Wirtschaftsverkehr mit der östlichen Halbkugel, vor allem mit dem Riesenreiche der Mitte, bildete einen der größten Aktivposten in der englischen Handelsbilanz. Durch den japanisch-chinesischen Krieg hat sich dieses Verhältnis mit einem Schlage geändert. Milliardenverluste sind bereits durch die unmittelbaren Kriegsschäden (z. B. Zerstörungen in Schanghai) eingetreten. Dazu kommen die Riesenverluste aus dem Darniederliegen des gesamten fernöstlichen Handels, die durch die gegenwärtigen Waffenlieferungen an China in keiner Weise wettgemacht werden können. Schließlich aber ist in der ganzen englischen Handelswelt die Besorgnis lebendig, ob nicht der ostasiatische Markt dem britischen Weltreiche endgültig verloren geht, wenn es den Japanern gelingen sollte, China direkt oder indirekt von sich abhängig zu machen.

Schon aus diesem Gesichtspunkte ist das brennende Interesse Englands an den Vorgängen in Ostasien mehr als begreiflich. Dazu aber kommen noch die rein machtpolitischen Erwägungen. Bisher galt Großbritannien als der stillschweigend anerkannte Herr in den chinesischen Gebieten. Es hatte auch immer verstanden, seinen Ansprüchen nötigenfalls den entsprechenden Nachdruck zu verleihen.

Das entschiedene Vorgehen Japans aber legte plötzlich klar, wie schwach dieser englische Herrschaftsanspruch machtpolitisch untermauert war. Groß-

britannien ist heute nicht in der Lage — so sehr es dies auch möchte —, aus eigener Kraft der japanischen Expansion entgegenzutreten. Diesen Sachverhalt hat man in Downing Street — ungeachtet des hysterischen Interventionsgeschreis der Linkspresse im Anfang des japanisch-chinesischen Konfliktes — nüchtern erkannt und daraus die Konsequenzen gezogen. Die englische Politik muß daher für die nächste Zukunft darauf angelegt sein, im Fernen Osten Zeit zu gewinnen, um inzwischen solche diplomatische Voraussetzungen zu schaffen, daß man den Japanern im gegebenen Augenblicke machtmäßig entsprechend entgegentreten kann.

Wer sich die see- und flugstrategische Lage im Fernen Osten ansieht, erkennt auf den ersten Blick, daß Großbritannien auf das engste Zusammengehen mit den Vereinigten Staaten angewiesen ist, wenn es gegen Japan vorzugehen gedenkt. Seit langem schon, in der letzten Zeit immer deutlicher sichtbar werdend, arbeitet die englische Diplomatie mit Hochdruck in Washington, um die U. S. A. möglichst auf die Linie der englischen Politik zu ziehen. Bezeichnende Streiflichter auf die Gesamtlage werfen die Nachrichten, daß die britischen Dockanlagen in Singapore auch den Schiffen der U. S. A.-Marine zur Verfügung stehen, wie die Mitteilung von der Okkupation der kleinen, aber strategisch höchst wichtigen Inseln Canton und Enderbury in der Gruppe der Phoenix-Inseln (halbwegs zwischen Hawaii und Australien) durch die Vereinigten Staaten. Wer nüchtern die Lage überblickt, muß zugeben, daß sich hier englische und amerikanische Interessen auf halbem Wege begegnen. Denn auch die Vereinigten Staaten können kaum nichtstuend zusehen, wie sie durch den Elan der japanischen Politik aus dem Pazifik verdrängt werden.

Selbstverständlich geht eine solche grundsätzliche Umstellung der bisherigen amerikanischen Nichteinmischungspolitik nicht von heute auf morgen. Vergleicht man jedoch die Haltung Washingtons zu Beginn des fernöstlichen Krieges mit seiner heutigen Einstellung, so muß man zugeben, daß London durchaus Ursache hat, mit der bisherigen Entwicklung zufrieden zu sein. Wohl erklärte der amerikanische Außenminister Cordell Hull vor kurzem, daß Washington keinerlei militärische Bündnisse eingegangen sei oder einzugehen gedenke. Diese rein formale Feststellung bleibt aber mehr oder weniger bedeutungslos, wenn es den Engländern gelingen sollte, den Amerikanern die Gleichrichtung der Interessen beider Staaten im Pazifik begreiflich zu machen, so daß sich die Washingtoner Politik auch ohne formelle Bündnisse mit den Absichten Londons auf der gleichen Linie bewegen würde. Die Aufrüstungspläne, die Präsident Roosevelt trotz starken Widerstandes rücksichtslos durchsetzte, die Ausgestaltung der amerikanischen Pazifikflotte zu einer schlagkräftigen Schlachtflotte, die Verjüngung des amerikanischen Offizierskorps in Heer und Marine sprechen hier viel deutlicher als lange Erklärungen. Nicht umsonst hat sich Roosevelt zusätzlich

166,466,000 Dollar zum Ausbau der „Verteidigungs"kräfte bewilligen lassen. Nicht weniger als 3 neue Schlachtschiffe, 2 Flugzeugträger, 25 Zerstörer, 9 U-Boote, 1000 Flugzeuge, 22 Hilfsschiffe werden gebaut.

Der Versuch Londons, Amerika auf seine Seite zu ziehen, ist sein Schachzug gegen die für England unbefriedigende Lage im Mittelmeer. Durch das Erstarken Italiens ist seine Vormachtstellung in diesem „Binnenmeere" schwerstens bedroht, wenn nicht schon tatsächlich höchst problematisch geworden. Die Lage in diesem Meere wurde vor kurzem von der britischen Admiralität für so ungeklärt gehalten, daß man nicht ein einziges Kriegsschiff nach dem Fernen Osten entsandte, obzwar im Londoner Parlamente wiederholt und recht energisch diese Forderung erhoben worden war.

Mit ganz großer Besorgnis hat Downing Street eine zeitlang die Entwicklung in Spanien verfolgt, wo man geradezu an einen „italienischen" Sieg glaubte, der praktisch Gibraltar als Stützpunkt wertlos gemacht hätte. Der englischen Diplomatie ist es jedoch in geschickter Weise gelungen, sich hier wieder mehr in den Vordergrund zu spielen und vor allem die Ausweitung des spanischen Bruderkrieges zu einem europäischen Konflikte wohl endgültig zu vermeiden. Die de facto-Anerkennung der Regierung Franco's und der Ausbau der englisch-spanischen Wirtschaftsbeziehungen, die auch für das nationale Spanien von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind, können als Auswirkungen dieser Bemühungen gebucht werden, Spanien wieder näher an Großbritannien heranzuziehen.

Unter dem Gesichtspunkt der Sicherung seiner Herrschaft im Mittelmeer sind auch die harten Auseinandersetzungen in Palästina zu verstehen. Hier geht es vor allem um die Sicherung militärischer Stützpunkte für das östliche Mittelmeer und den Suezkanal. Daß man sich mit dem „Teilungsplan" ins eigene Fleisch geschnitten hat, wurde inzwischen klar erkannt. Weil man diesen Fehler begangen hat, muß man sich heute mit dem aufgestachelten und gegenwärtig absolut englandfeindlichen arabischen Nationalismus auseinandersetzen.

Gleichzeitig ist die englische Diplomatie im östlichen Mittelmeer, vor allem in Griechenland und in der Türkei bemüht, Positionen auszubauen, um ein Gegengewicht gegen die italienische Stellung zu schaffen, denn sowohl in Rom wie in London ist man sich über die beiderseitigen Absichten im Klaren. Von englischer Seite hat man es freilich nicht an wiederholten Bemühungen fehlen lassen, zu einer Entspannung des Verhältnisses mit Italien zu kommen. Seit der Entlassung Edens als verantwortlichen Leiters der britischen Außenpolitik haben diese Bestrebungen neuerlich Auftrieb bekommen. Wenn man sich allerdings vor Augen hält, wie schnell das gentleman agreement von Anfang 1937 vergessen wurde, wie ergebnislos der seinerzeit so überraschende Briefwechsel zwischen Chamberlain und Mussolini im Spätsommer 1937 geblieben ist, so wird man auch von den gegenwärtig eingeleiteten Verhandlungen zwischen London

und Rom nicht von vornherein eine endgültige Regelung aller schwebenden Fragen erwarten dürfen. Es würde aber immerhin schon einen wesentlichen Schritt wenigstens für eine vorübergehende Beruhigung der Lage bedeuten, wenn zu mindest über die wichtigsten Punkte, wie z. B. die Spanienfrage, die Anerkennung des italienischen Imperiums, die Gleichheit der Flottenstärke zwischen Großbritannien und Italien eine Einigung erzielt werden könnte. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß in der augenblicklichen weltpolitischen Lage Rom in dem englischen Spiel die besseren Trümpfe in der Hand hat. Während Italien ruhig zuwarten kann *), muß England Klarheit über die Lage im Mittelmeer gewinnen. Englischerseits wäre man sicher zufrieden, wenn man für die nächste Zeit im Mittelmeer eine Art „Waffenstillstand" erzielen könnte, wie er ja gedanklich dem gentleman agreement zugrunde lag.

Auch im Hinblick auf die Vorgänge in Indien gewinnt das Mittelmeer größte Bedeutung für das britische Weltreich. Mit Mühe und Not ist es nach schwierigsten und langandauernden Verhandlungen gelungen, für Indien eine neue Verfassung zu schaffen. Durch sie soll die Zusammenarbeit zwischen den mit ziemlicher Autonomie ausgestatteten indischen Provinzparlamenten und der britischen Verwaltung sichergestellt werden. Da sich in diesen Parlamenten jedoch die bewußt nationalen indischen Elemente immer mehr zur Geltung bringen, ist es gerade in der letzten Zeit wieder zu schweren Auseinandersetzungen gekommen, die in einer ganzen Reihe von Provinzen das politische Leben lahmgelegt haben. Der in Indien besonders geschickt und vorsichtig arbeitenden britischen Diplomatie ist es jedoch wiederum gelungen, mit halben Zugeständnissen diese Klippe zu überwinden. Allerdings sind alle diese Erscheinungen Anzeichen kommender, größerer Krisen. Die Verschiebung des englischen Königsbesuches und der Krönung zum Kaiser von Indien auf unbestimmte Zeit erfolgte zwar mit der offiziellen Begründung, dem Lande nicht die hohen Kosten dieser Veranstaltungen aufzuerlegen, in Wirklichkeit jedoch wegen der im Grunde recht ungeklärten innerpolitischen Lage dieses „Kronjuwels" des britischen Imperiums.

Außer diesen inneren Gefahren des britischen Weltreiches ziehen aber am politischen Horizont drohende Wolken herauf, falls verschiedene Meldungen stimmen sollten, die in der letzten Zeit durch die Presse gingen. Der neue „Feind" in Ostasien würde in diesem Falle Sowjetrußland heißen, das man bisher von London trotz aller inneren Abneigung gegen den Bolschewismus immer recht vorsichtig behandelt hatte. Man konnte ja nicht wissen, ob man nicht eines Tages den russischen Bären gegen die aufsteigende Sonne des Fernen Ostens in den Kampf schicken könnte. Diese Konzeption, auf deren innere Unrichtigkeit von unvoreingenommenen Be-

*) Das ist angesichts der durch den Anschluß wesentlich veränderten Lage zu bezweifeln. Vgl. Politische Rundschau: „Zur politischen Lage". Red.

obachtern immer wieder hingewiesen wurde, dürfte auf Grund der Ereignisse der letzten Monate in Rußland und vor allem des jüngsten Blutgerichtes, das auch in England Abscheu und Entsetzen hervorgerufen hat, im Foreign Office wohl auf Verlustkonto abgebucht worden sein.

Letzte Nachrichten aus dem Fernen Osten besagen nämlich, daß auf dem Wege einer direkten oder indirekten Einmischung in die japanisch-chinesischen Auseinandersetzungen der diplomatische Einfluß der Sowjetunion auch in den Tibet unmittelbar vorgelagerten Gebieten erheblich an Bedeutung zugenommen habe. Jedermann, der weiß, mit welcher Vorsicht die Engländer seit langem — schon vor dem Weltkriege — bemüht sind, zwischen ihre eigenen und die russischen Interessengebiete Pufferzonen einzuschieben, wird ermessen können, wie beunruhigend solche Nachrichten in London wirken müssen. Steht der Bolschewismus einmal an der Pforte Tibets, dann ist der indische Besitz Englands ganz unmittelbar bedroht. Der Verlust Indiens aber würde eine nicht auszuwetzende Niederlage des Empire bedeuten. Wenn weitschauende britische Politiker heute mehr als früher der Sicherung des afrikanischen Kolonialgebietes ihr besonderes Augenmerk zuwenden, so liegt dem der allerdings nicht offen ausgesprochene Gedanke zugrunde, daß einmal eine Lage eintreten könnte, in der der Traum von der Weltherrschaft des britischen Volkes ausgeträumt ist und man sich resignierend auf die ausschließliche Beherrschung des schwarzen Erdteiles zurückziehen müßte.

Diese kurze Skizze allein zeigt bereits die Vielfalt schwierigster Probleme, vor die sich die britische Reichspolitik gestellt sieht. Ist es da allzu sehr zu wundern, wenn der „europäische Kriegsschauplatz der Diplomatie" für den letzten Endes doch in größeren Räumen denkenden Briten allmählich an Bedeutung verliert? Selbstverständlich steht die europäische Politik immer noch im Vordergrunde, aber immer mehr nehmen jene Stimmen zu, die die Frage aufwerfen, ob man vom Standpunkte britischer Reichspolitik aus gesehen sich noch einmal in ein solches Abenteuer wie den letzten Weltkrieg hineinreißen lassen dürfe. In immer deutlicherer Weise hat man zu verstehen gegeben, daß sich Großbritannien nur in einem einzigen Falle zu einem unmittelbaren militärischen Einreifen in Europa veranlaßt sehen würde: wenn nämlich Frankreich von Deutschland aus angegriffen würde. Die britische Politik hat sich in der letzten Zeit immer klarer von der lange Zeit vertretenen These abgesetzt, daß die Bündnisverpflichtungen Frankreichs auch mehr oder weniger automatische Bündnispflichten Englands nach sich ziehen würden. Davon kann heute kaum mehr die Rede sein.

Man wird sich auch noch erinnern, daß anläßlich des Besuches von Chautemps und Delbos in London — Ende November 1937 — und anläßlich der anschließenden Mitteleuropareise Delbos' der mäßigende Einfluß Londons sehr deutlich spürbar wurde. Herr Delbos bekam auf seine Reise den ausdrücklichen Wunsch mit, bei seinen Freunden wissen zu lassen, daß England an der „Aufrechterhaltung friedlicher Zustände in Mittel-

europa" in höchstem Maße interessiert sei. Wobei man weiter zu verstehen gab, daß man für diese „Aufrechterhaltung" auch gewisse Leistungen der betroffenen Staaten erwarte — z. B. der Tschechoslowakei hinsichtlich der Behandlung ihrer Minderheiten usw.

Die nüchterne Haltung Englands zeigt sich auch bei den gegenwärtigen Vorgängen im mitteleuropäischen Raum. Während vor noch nicht gar zu langer Zeit eine Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reiche auch die britische Diplomatie zu höchster Kraftentfaltung veranlaßt hätte, hat heute eine wesentlich ruhigere Auffassung der Dinge Platz gegriffen. In London scheint man sich zu der vernünftigen Ansicht durchgerungen zu haben, daß es sich hier um eine innere Frage des deutschen Volkes handelt und daß man nicht gewillt sei, „auch nur einen Soldaten oder einen Penny" — wie eine große Zeitung schrieb — für irgendein Abenteuer einzusetzen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese ruhigere Auffassung der gesamten weltpolitischen Lage seit der Regierung Chamberlains an Boden gewonnen hat. Der Rücktritt Edens war die logische Folgerung. Zwischen dem nüchternen realpolitischen Premier und dem in wirklichkeitsfremden Völkerbunds- und Interventionsideologien lebenden Eden mußte der Gegensatz immer größer werden. Wenn zwischen der Rede des deutschen Reichskanzlers und dem Rücktritte des englischen Außenministers wohl auch kein ursächlicher Zusammenhang besteht, so war doch die Gleichzeitigkeit dieser beiden Ereignisse höchst bedeutsam. Chamberlain hat das Steuer der englischen Außenpolitik herumgerissen, um, wenn möglich, das britische Staatsschiff durch ruhigere Gewässer zu steuern.

Das Eine ist wohl sicher: Großbritannien ist an der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa in höchstem Maße interessiert, weil es seine ganze Aufmerksamkeit viel brennenderen Fragen zuwenden muß, die sein Weltreich unmittelbar bedrohen. Außerdem ist es sich auch seiner gegenwärtigen militärischen Schwäche bewußt, die es ihm unmöglich macht, überall so stark aufzutreten als es möchte. Dies aber hat die britische Regierung schon seit längerer Zeit klar erkannt, und seit Jahren laufen die Rüstungswerke Tag und Nacht in äußerster Kraftanspannung. Die neuen Rüstungspläne, für die 106,500,000 Pfund bereitgestellt wurden, zeigen deutlich genug, daß Großbritannien jedenfalls nicht freiwillig seine „Herrschaft über die Welt" aufzugeben gedenkt. Man ist sich heute bereits darüber ziemlich im Klaren, daß man die Weltherrschaft nicht behaupten kann, wenn man sich mit allen Machtmitteln auf dem europäischen Kontinent festgelegt — und das müßte man tun, wenn man gewaltsam Entwicklungen verhindern wollte, die sich hier aus dem Wesen der Dinge heraus geradezu naturnotwendig vollziehen.